Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 55 (1961)
Heft: 4

Artikel: McCarthy-Methoden auch unter Kennedy nicht überwunden
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140559

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

lieber als ihre diplomatischen Vertreter nach Paris, London oder Rom als diese Nachkommen der alten Aristokratenfamilien.

Doch die wenigen Male, in denen ich mit diesem Manne mit dem stolzen blanken Cäsarenschädel zusammengetroffen bin, waren sehr anderer Art. Das erste Mal war es 1936, vor ein paar riesigen Camions vor dem Bundeshaus, wo Hans von Fischer eben den ersten Transport der schweizerischen Ärztehilfe, der «Sanitaire Suisse», für das im Kriege stehende republikanische Spanien zum Abtransport fertig machte. Ein Interview? Das gab es nicht. «Keine Zeit.» Es waren andere, die mir später erklärten, daß Dr. von Fischer der Initiant und Gründer der «Sanitaire Suisse» gewesen sei.

Als im Hitlerkrieg bei den jugoslawischen Partisanen Ärztenot, Instrumenten- und Medikamentenmangel am größten waren, war es wieder der gleiche Mann, der durch die «Sanitaire Suisse» unsere Ärzte für eine Hilfe für jene heldenhaften Männer und Frauen mobilisierte. Ein Interview gab es auch diesmal nicht. Nur einen Händedruck.

Was wissen die meisten bei uns von diesen Dingen, für die jeder Kommunist gleich mit dem Teufel identisch ist. Denn jede Zeit hat ihre Kinderschrecks für das Volk gebraucht: Ketzer! Hussiten! Freischärler! Es gibt ja so viele Kinderschrecks im Laufe der menschlichen Geschichte. Wer wird der nächste sein? Nach den Kommunisten? Weil das so ist, kennt auch niemand bei uns das Kinderdorf «Rasa», bei Varese, in dem vater- und mutterlose Waisen der norditalienischen Partisanen, nach dem Zusammenbruch des Hitlerkrieges, ihr erstes Essen, ihr erstes Heim, ihre erste Schule und ihre ersten Werkstätten bekommen haben. Ein Lebenswerk der «Sanitaire Suisse» und ihres Gründers und vielen hüben und drüben der Grenzen von einfachen Leuten zusammengetragenen Franken und Lire; ein Werk, vor dem auch jeder anständige Gegner den Hut ziehen müßte, wenn politischer Anstand noch Mode wäre. Aber nicht wir, sondern die Zeit ist es, die Geschichte schreibt. Und in dieser Geschichte wird auch *dieser* von Fischer des 20. Jahrhunderts einst seinen Ehrenplatz haben.

Emmy Moor

McCarthy-Methoden auch unter Kennedy nicht überwunden

Wer in Amerika gehofft hatte, mit der Administration Eisenhower auch die erniedrigenden Machenschaften des FBI (amerikanische geheime Staatspolizei) und der verschiedenen parlamentarischen Untersuchungskommissionen gegen «Unamerikanische Betätigung» verschwinden zu sehen, sieht sich heute enttäuscht.

«Bei sozusagen jeder Maßnahme, die heute zugunsten der kleinen

Leute getroffen wird», erklärte am 26. Februar Sam Rayburn, der Vorsitzende der USA-Deputiertenkammer, im Fernsehinterview, «steht auch schon einer auf und behauptet, das sei Sozialismus.»

Am Tag darauf bestätigte der Oberste Gerichtshof der USA in einem Mehrheitsentscheid (5:4), daß Parlamentsausschüsse gegen «Unamerikanische Betätigung» das Recht haben sollen, jede beliebige Person zu verhören, falls sie meinen, beim Verdächtigten Beziehungen zur Kommunistischen Partei annehmen zu können.

Die Verdächtigten, über deren Fall der Oberste Gerichtshof zu befinden hatte, waren Charles Braden und Frank Wilkinson. Charles Braden ist seit langem die Zielscheibe wütender Angriffe der Rassenfanatiker, weil er vor Jahren einem Neger geholfen hatte, ein Haus in einem von Weißen bewohnten Quartier zu erwerben. Die Tatsache allein, daß auch die Kommunisten als Organisation gegen die Rassendiskriminierung kämpfen, genügt, um Charles Braden zum Kommunisten zu stempeln. Nachdem er schon bei einer früheren Vorladung unter Eid ausgesagt hatte, daß er nicht Kommunist sei, berief er sich in einem neuerlichen Verhör auf die Schutzbestimmung der Verfassung (1. Amendment), die ihm erlaubt, die Frage nach seinen persönlichen und politischen Anschauungen nicht zu beantworten. Die Verweigerung seiner Antwort bringt ihm «wegen Verachtung des Gerichtshofes» ein Jahr Gefängnis ein. Überdies ist er zeit seines Lebens als Verräter am amerikanischen Volk gestempelt und wirtschaftlich ruiniert.

Richter Black, eines der vier Mitglieder des Obersten USA-Gerichtshofes, die die richterlichen Kompetenzen der Parlamentsausschüsse bestreiten, erklärte zum oben erwähnten Entscheid:

«In der Atmosphäre, in der wir heute in diesem Lande leben, ist die Beschuldigung, Kommunist zu sein, so alltäglich, daß kaum jemand, der in der Öffentlichkeit tätig ist, ihr ganz entgeht. Jedes Mitglied dieses (obersten) Gerichtshofes ist gelegentlich so bezeichnet worden ... Wenn aber eine Bezeichnung dieser Art als Grundlage für die Anberaumung eines Verhörs genügen soll, so bin ich der Ansicht, daß sie ganz wertlos ist.»

Frank Wilkinson, der sich ebenfalls auf die Schutzbestimmung (1. Amendment) der Verfassung berief, hat sich den Haß des Ausschusses gegen «Unamerikanische Betätigung» zugezogen, weil er uneingeschüchtert und unverdrossen gegen die Kürzung der bürgerlichen Rechte — besonders des Rechtes freier Meinungsäußerung ankämpfte und eine Petition auf Abschaffung des Ausschusses gegen «Unamerikanische Betätigung» an den Kongreß richtete. Der einzige Zeuge, der ihn je als Kommunist bezeichnete, ist eine Frau, namens Anita Schneider, die als Beauftragte der FBI (Federal Bureau of Investigation), der amerikanischen Geheimpolizei, sich die Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei erschlich und Material für ihre Auftraggeber sammelte, um sich dann, ohne ihre Spitzelrolle in der Kommunistischen

Partei zu verraten, in der Demokratischen Partei Kaliforniens an der Kampagne gegen die Parlamentsausschüsse zu betätigen.

Braden und Wilkinson gehen für 12 Monate ins Gefängnis, weil eine gewisse Schicht unserer Bevölkerung in einer krankhaften Einstellung in jeder Bemühung um soziale Reformen eine kommunistische Verschwörung sieht und entschlossen ist, Einrichtungen wie die FBI und die Parlamentsausschüsse gegen «Unamerikanische Betätigung» so fest zu verankern, daß man nur unter Gefährdung seiner Existenz etwas gegen sie unternimmt.

«Mit einer so mächtigen Waffe (dem Entscheid des Obersten Gerichtshofes der USA) in der Hand», sagte Richter Black, «werden diese Institutionen wahrscheinlich gegen jede Kritik, so berechtigt sie ist, gesichert sein, denn es gibt nicht viele Leute in unserer Gesellschaft, die es wagen, gegen einen so furchtbaren Gegner aufzutreten. Wenn es so weiter geht, dürften sich die Reihen dieser Mutigen weiter lichten — da viele von ihnen in den Gefängnissen verschwinden. Aus der Regierung durch Zustimmung der Regierten muß eine Regierung durch Einschüchterung werden ... Die Grundsätze der Schutzbestimmung in der Verfassung (1. Amendment) sind eindeutig und verpflichtend, und wenn sie nicht entsprechend angewendet werden, so genießen Religions-, Rede- und Pressefreiheit, das Recht auf freie Vereinigung und das Petitionsrecht keinen wirklichen Schutz.»

Frank Wilkinson brachte zum Ausdruck, worauf es in Amerika wie auch sonst in der Welt letzten Endes ankommt: «Wir werden unsere Meinungs- und Redefreiheit nicht retten, wenn wir nicht bereit sind, zu ihrer Verteidigung Gefängnis auf uns zu nehmen. Ich bin bereit, diesen Preis zu bezahlen.»

Aus der amerikanischen Wochenzeitung «I. F. Stone's Weekly» vom 6. März 1961. *Red.*

Zum all-afrikanischen Kongreß in Kairo

Fenner Brockway, M. P., der Ende März diesen 3. all-afrikanischen Kongreß als Beobachter mitmachte, veröffentlichte in «Peace News» (7. April) folgende Eindrücke:

Das Selbstvertrauen der Afrikaner, auch der Verbannten aus dem Norden und Süden des Kontinents, ist ungeheuer gewachsen — sie fühlen, die Weltmeinung ist auf ihrer Seite. Der Austritt Südafrikas aus dem Commonwealth ist nicht ein Abschluß — es ist der Beginn einer neuen Ära, die nach schweren Kämpfen die Apartheid aus der Welt schaffen wird.

Auch der Norden zeigt keine Kompromißbereitschaft, über den Besitz der Sahara mit ihrem Ölreichtum zum Beispiel, den an das französ-